

– Das Entscheidende an dieser Stelle ist, dass Sie gerade demokratische Prinzipien wirklich auslachen.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Sie lachen sie aus!)

Sie lachen sie aus. Das ist Ihr Verständnis von Demokratie. Sie lachen über diese Demokratie.

(Dr. Hartmut Beucker [AfD]: Nein!)

Sie lachen über die freiheitlich-demokratische Ordnung des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie lachen über Verfassungsorgane. Das macht Sie doch aus. Deswegen tun die Demokraten wirklich gut daran, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen wie Sie solchen Parlamenten nicht mehr angehören, weil Sie diese Ordnung zersetzen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Dr. Christian Blex [fraktionslos]: Geht es Ihnen jetzt besser?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist das Schöne, wenn man zu Uhrzeiten wie jetzt Zeit hat, solche Debatten zu führen. Die Demokratie aus sich heraus kann nicht funktionieren. Die Demokratie lebt von Menschen, die Demokratie gestalten und sie auch verteidigen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Das ist das Spannende. Der überwiegende Teil dieses Parlaments verteidigt diese Demokratie in diesem Plenarsaal und außerhalb des Plenarsaals – auch mit der Digitalisierung. Wir benutzen die Digitalisierung nicht gegen die Demokratie, sondern wir stärken die Digitalisierung im Sinne der Demokratie und gegen solche Elemente wie Sie, die Sie die Demokratie angreifen

(Dr. Christian Blex [fraktionslos]: Glauben Sie das, was Sie da sagen?)

und versuchen, die Demokratie letztendlich zu spalten.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube nicht nur das, was ich sage, ich vertrete sogar das, was ich sage. Deswegen freut es mich immer wieder. Diese zweite Lesung des Haushalts ist etwas Besonderes, weil man wirklich mal Positionen austauschen kann.

Digitalisierung ist – gestatten Sie mir das – wirklich mehr als „Null und Eins“. Die Digitalisierung bedeutet auch die Verteidigung der Demokratie in der digitalen Welt, und dem hat sich dieses Parlament in der Mehrheit verschrieben, auch wenn Sie das nicht teilen. Es ist unser Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen die Augen geöffnet werden und dass letztlich die Demokraten in diesem Parlament dafür eintreten, dass Menschen in Frieden, Freiheit und

Sicherheit leben können. Das tun wir. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache zu Teil c) Digitalisierung. Wir kommen nun zu den Abstimmungen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6808, den Einzelplan 08 unverändert anzunehmen. Es liegen aber noch zwei Änderungsanträge vor, über die wir zunächst abzustimmen haben.

Es liegt der **Änderungsantrag Drucksache 18/7068** der Fraktion der FDP vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der fraktionslose Abgeordnete hat mit der AfD parallel gestimmt; das darf ich feststellen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Es gibt weiterhin den **Änderungsantrag Drucksache 18/7069** von der FDP-Fraktion. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, der fraktionslose Abgeordnete und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen dann über den Einzelplan 08 ab. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 08 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 08 so zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 08 in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6810 sowie auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Wir starten im Bereich:

a) Umwelt und Naturschutz

Für die SPD spricht nach Eröffnung der Aussprache ihr Abgeordneter Herr Schneider.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geschichte der von Minister Krischer aufgestellten Haushaltspläne ist bis heute die Geschichte einer gescheiterten Kompetenzverteilung. Denn die Entscheidung von Ministerpräsident Wüst im Juli 2022, das Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft in zwei Teile zu zerschlagen, hat bis heute zu einem bemerkenswerten Stillstand beim Schutz von Umwelt und Natur geführt. Nirgends zeigt sich das so deutlich wie beim Landeshaushalt in diesem Bereich.

Denn es gibt nichts Richtiges im Falschen, meine Damen und Herren.

(Unruhe – Glocke)

Sie haben durch die Trennung der beiden Ministerien ein dysfunktionales System geschaffen. Die Zahnräder greifen bei Ihnen nicht mehr ineinander. Sie knirschen ganz mächtig vor lauter Sand, die die zerschlagenen Ministerien in das sonst so geölte Getriebe des Regierungshandelns gestreut haben.

Vielleicht ist es also ganz gut, dass Ihnen zumindest aktuell kaum finanzieller Spielraum bleibt. Denn sinnvoll investiert bekommen Sie das Geld in Ihrer momentanen Lage ohnehin nicht.

Nehmen wir nur mal Ihre Umweltschecks, über die ganz dringend Ende 2022 ohne Vorberatung im Ausschuss auf Ihr Drängen hin, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, abgestimmt werden musste, damit schon im Jahr 2023 die ersten Schecks vergeben werden konnten. Ein Jahr später ist kein einziger Umweltscheck vergeben worden, und die Förderrichtlinie befindet sich aktuell gerade einmal in der Bearbeitung.

Für 2024 ist der Ansatz trotzdem auf 2 Millionen Euro erhöht worden. Die Umweltschecks heißen jetzt Naturschutzschecks. Ansonsten ändert sich nichts. Wir sind gespannt, ob Sie es schaffen, wenigstens im nächsten Jahr endlich ein paar davon zu verteilen.

Geradezu peinlich war Ihr Vorgehen bei den Biostationen. Zuerst verbuchen Sie 7 Millionen Euro mehr in dem Haushaltstitel, der den Einrichtungen zugutekommt. Ein paar Tage später dann: Ätschi, bättschi – die Mittel sind da nur geparkt. Sie sollen im allgemeinen Naturschutz verausgabt werden. Ach ja, aber ein Teil geht dann doch wieder an die Biostationen, die nicht schlecht geguckt haben, als Ihnen Staatssekretär Haase im persönlichen Gespräch die Freudentränen mit ganz viel heißer Luft getrocknet hat.

Immerhin stehen nun im Haushalt 2024 etwa 16,6 Millionen Euro für die Biostationen. Wir werden einen noch weiter gehenden Antrag einbringen, damit die Biostationen endlich auch auskömmlich finanziert werden können.

Wenn Sie jetzt behaupten, das sei in Zeiten knapper Kassen nicht drin, sollten Sie den Beweis erst einmal antreten. Herr Minister Krischer, Sie haben in Ihrem Haushalt in den Jahren 2022 und 2023 jeweils globale Minderausgaben von 36 Millionen Euro erwirtschaftet – also weniger Geld ausgegeben als geplant –, und keiner scheint es bemerkt zu haben. Niemand stand auf der Straße und hat dagegen demonstriert. Keine Leistung scheint weggefallen zu sein.

Ich frage mich deswegen: Wie viel Luft ist da noch in Ihrem Haushalt, Herr Minister? Brauchen Sie das Geld denn nicht für Umwelt, Natur- und Klimaschutz, oder bekommen Sie es schlicht nicht umgesetzt mit Ihrem Ministerium, das auch 16 Monate nach der Regierungsübernahme noch immer nicht neu aufgestellt ist?

Sie ließen sich 2023 insgesamt 10 Millionen Euro für neue Pegelmessstellen in den Haushalt schreiben. Davon ist bis heute, zweieinhalb Jahre nach der Flutkatastrophe von 2021, keine einzige gebaut worden. Es stehen 10 Millionen Euro dafür im Haushalt, und Sie nutzen sie nicht. Sie können sie anscheinend nicht nutzen, weil der Laden nicht läuft. Das liegt nicht – das will ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen – in der Verantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die selbst gerade orientierungslos sind.

Es wird noch abstruser: Sie wollen 2024 eine Nationalparkbehörde gründen. Insgesamt sechs neue Stellen sind dafür im Haushalt vorgesehen. Wen, bitte schön, sollen diese Mitarbeitenden denn verwalten? Der Nationalpark Eifel kommt seit nunmehr 20 Jahren, glaube ich, ganz gut allein zurecht. Mit einem Landtagsbeschluss zum zweiten Nationalpark rechnet niemand vor Ende 2024.

Was also soll das in Zeiten knapper Kassen? Ich sage es Ihnen: Sie kloppen sich mit Ministerin Gorißen um den Wald in NRW, denn der gehört zum Ressort der Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Sie aber wollen ein Stück davon abhaben, weil Umwelt, Natur- und Artenschutz eben ganz viel mit dem Thema „Wald“ zu tun haben.

Im Ausschuss haben wir Ihnen schon reichlich Vorschläge gemacht, wie beide Ministerien sinnvoll investieren können. Hier möchte ich es neben dem Verweis auf die Biostationen noch mit einem weiteren Beispiel tun: Investieren Sie in die Altlastensanierung. Wir müssen gerade im Ruhrgebiet Flächen viel schneller recyceln, damit sie fertig sind, wenn Investoren anklopfen. In der Vergangenheit musste der gleiche Etat beim AAV für immer mehr Projekte erhalten. Die Folge ist: Es dauert. Stellen Sie darum dauerhaft und nicht nur zeitweise ausreichend Mittel

dazu bereit, denn das Einzige, was wir uns definitiv nicht erlauben können, sind zwölf weitere Monate Trennungsstillstand. – Glück auf und Gottes Segen. Danke schön.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Dr. Nolten.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer den Anspruch hat, eine Zukunftscoalition zu sein, muss sich mit den drängendsten Fragen beschäftigen – nicht nur heute, sondern auch morgen, nicht nur im ersten gemeinsamen Haushalt, sondern auch im nun vorliegenden zweiten Haushalt von Schwarz-Grün. Die drängendsten umweltpolitischen Herausforderungen sind der Klimawandel und die zurückgehende Biodiversität.

(Dr. Christian Blex [fraktionslos]: Das glaubt Ihnen auch keiner!)

Auch im Jahr 2024 werden die Mittel im Naturschutzhaushalt stark erhöht, um das Ziel der Verdopplung bis 2027 zu erreichen. Das heißt konkret für die Titelgruppe 82 Naturschutz und Landschaftspflege im Kapitel 10 030 des Einzelplans: Der Ansatz steigt von 45,7 Millionen Euro um 15 % auf 52,4 Millionen Euro. Gegenüber dem letzten gemeinsamen Haushalt von Schwarz-Gelb mit 35 Millionen Euro ist dies ein Plus von 50 %. Stillstand, Herr Schneider, sieht anders aus.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der Titel 637 82, der für die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen in Nationalparks und Naturparks vorgesehen ist, steigt vom langjährigen Ansatz von 1 Million Euro auf 1,5 Millionen Euro; der Beteiligungsprozess für einen zweiten Nationalpark wird mit der Steigerung um 500.000 Euro also berücksichtigt.

An dieser Stelle eine klare Aussage: Wir haben im Koalitionsvertrag die Schaffung eines zweiten Nationalparks vereinbart und den entsprechenden Beteiligungsprozess für die Regionen initiiert. Wir warten auf Bewerbungen, denn nur die Regionen selbst entscheiden über einen zweiten Nationalpark.

Im Kapitel Wasserwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und Bodenschutz erhält der AAV 2 Millionen Euro mehr. Das sind 30 % mehr Zuwendungen für die Altlastensanierung, Herr Schneider.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Schwerpunktmäßig werden im Kapitel 10 050 aber wasserwirtschaftliche Ansätze veranschlagt. Die Flutkatastrophe 2021 hat den Handlungsbedarf offengelegt. Der 10-Punkte-Arbeitsplan

„Hochwasserschutz in Zeiten des Klimawandels“ der damaligen Umweltministerin, Frau Heinen-Esser, bleibt auch im Jahr 2024 handlungsleitend.

Die Ausgaben für Untersuchungen, Planungen und Vorarbeiten halten das hohe Vorjahresniveau. Über 70 Millionen Euro gehen wieder in die Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen. Das sind 10 % mehr als im Jahr 2022 und 50 % mehr für den Hochwasserschutz im Vergleich zu 2021.

Zugleich aber sinkt bei der sogenannten „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ der Ansatz um ein Drittel auf 21,5 Millionen Euro. Warum das denn? Der Bund, der die Gemeinschaftsaufgabe zu 60 % zu finanzieren hat, kürzt und ist augenscheinlich schnell fertig mit seiner Lektion aus dem Jahr 2021. Langer Atem und Nachhaltigkeit sehen anders aus.

Auch die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie dient vielfach über den Rück- und Umbau der Wehre oder die Aufweitung der Auen dem Hochwasserschutz. Ein Beispiel ist der zum Kohleausstieg notwendige umfassende Umbau der Erft, der prioritär betrieben werden muss und auch eigens in der Leitentscheidung erwähnt worden ist.

67 Millionen Euro der 79 Millionen Euro Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt geben wir für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie aus. Die Verstetigung des Mittelansatzes ist erforderlich, liegt doch der Finanzbedarf ihrer Umsetzung landesweit bei über 3 Milliarden Euro.

Im Abwasserbereich bleibt es bei den hohen Aufwendungen von über 45 Millionen Euro für Zuschüsse beim Neubau oder der Ertüchtigung von Abwasserbehandlungsanlagen, Regenrückhaltebecken, Hauptsammlern und Klärschlammbehandlungsanlagen.

Spurenstoffelimination, Phosphatrückgewinnung und Redundanzkapazitäten bleiben als Anforderungen bestehen. Gleiches gilt für den Spagat zwischen der Lebensmittelproduktion einerseits und einer stärkeren einzelbetrieblichen Betrachtung der landwirtschaftlichen Düngebilanzen andererseits. Die dazu erforderlichen Messstellen nach der AVV zur Düngerverordnung sollen bis Ende 2024 errichtet oder ertüchtigt sein.

Fazit: Der Umwelthaushalt 2024 setzt inhaltlich auf Kontinuität und ist von der finanziellen Ausstattung her auch in einem schwierigen Jahr ein deutlicher Schritt nach vorne. Das sollte auch den Beifall von Oppositionsfraktionen erhalten können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Nolten. – Für die FDP spricht ihr Abgeordneter Herr Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die Beratungen heute verfolgt hat, dann hat man gesehen, dass in vielen Bereichen kein Geld mehr zur Verfügung stand und teilweise auch Krokodilstränen der Regierungsfraktionen geflossen sind, weil wichtige Projekte nicht unterstützt werden konnten, weil kein Geld da sei.

Das scheint aber für den Umwelthaushalt nicht zu gelten. Denn für die Prestigeprojekte des Umweltministers scheint genug Geld da zu sein. Ich nenne den zweiten Nationalpark. Dafür sind reichlich Mittel da: 1,6 Millionen Euro für Werksverträge, 1,5 Millionen Euro für Flächenkauf. Daneben steht zwar noch nicht „Nationalpark“, aber man kann davon ausgehen, dass diese Mittel dafür verwendet werden sollen.

Als würde das alles noch nicht reichen, ist im Ergänzungshaushalt auch noch eine Nationalparkbehörde berücksichtigt worden – eine eigene Nationalparkbehörde für aktuell einen Nationalpark. Da frage ich mich: Was soll das? Wie können Sie sagen, dass kein Geld da ist, und gleichzeitig neue Behörden einrichten wollen, die eigentlich völlig unnötig sind?

(Beifall von der FDP)

Der bisherige Nationalpark wurde vom Landesbetrieb Wald und Holz bearbeitet. Dieser hat sich darum gekümmert. Selbst wenn Ihr Wunsch in Erfüllung geht, Herr Minister, einen zweiten Nationalpark einzurichten, muss man die Frage stellen, ob es Sinn ergibt, dafür noch eine zusätzliche Behörde zu schaffen.

(Beifall von der FDP)

Es wird also alles dafür getan, um dem Minister ein Denkmal zu errichten, als wäre in der aktuellen Lage, in der sich dieses Land befindet, die Frage eines zweiten Nationalparks die alles entscheidende. Ich glaube, wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger fragen, werden die Ihnen etwas anderes sagen, und zwar, dass andere Projekte viel, viel wichtiger sind.

(Beifall von der FDP)

Diese Entscheidung wird gegen die Meinung der Bürgerinnen und Bürger getroffen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Hören Sie mal zu, Herr Kollege Rüße.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das macht er doch! Er hört doch zu!)

Der Kreistag Höxter lehnt einen Nationalpark Egge klar ab. Der Kreis Soest will sorgsam Vor- und Nachteile abwägen. Die Kreisverwaltung im Hochsauerlandkreis ist sehr skeptisch, ob das südliche Westfalen, die stärkste Wirtschaftsregion, für einen Nationalpark geeignet ist.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Herr Kollege Rüße, dann sagen Sie doch mal, wer außer Ihrem Minister und Ihrer Fraktion für den Nationalpark ist. Das ist reine Klientelpolitik, die Sie hier betreiben wollen.

(Beifall von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Atemberaubender Vortrag!)

Um es klar zu sagen: Wir wollen Naturschutz,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das wäre ja neu!)

aber in der ganzen Breite und nicht in einzelnen Prestigeprojekte für den Minister.

(Beifall von der FDP)

Deshalb ist es sinnvoll,

(Unruhe – Glocke)

die bestehenden Naturparks zu stärken.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh!)

Deshalb wollen wir eine verlässliche Basisfinanzierung – die Anhörung hat gezeigt, wie notwendig diese ist – und den Namen der Titelgruppe ändern.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Ja-wohl! Ganz genau!)

Als würde dies alles nicht reichen, werden auch neue Förderprogramme aufgelegt. Dann wird mal schnell der Name geändert. Erst waren es die Naturschutzschecks, jetzt sind es die Umweltschecks – etwas breiter formuliert, weil man das Geld anscheinend nicht wegkriegt. Aber es ist ein gutes Projekt. Es wird nicht abgerufen, weil noch keine Fördervorlage da ist.

Stattdessen werden Mittel im Kultur- und Sportbereich, wie wir heute gehört haben und morgen hören werden, gekürzt, weil die Klientel der Grünen natürlich an anderer Stelle zu finden ist.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Genau, reine Klientelpolitik!)

Ebenso konnten Sie nicht glaubhaft darlegen, warum die Biologischen Stationen – das hat auch schon der Kollege angeführt – jetzt noch mal 6 Millionen Euro mehr bekommen sollen, während überall gespart werden muss. Eine Erklärung konnten Sie uns dafür nicht liefern.

Nein, meine Damen und Herren, das ist eine Politik, die wir nicht unterstützen können. Das ist grüne Klientelpolitik, die auch nichts mit Umweltpolitik zu tun hat. Wir hingegen wollen wirkliche Umweltpolitik machen und haben deshalb unseren Änderungsantrag vorgelegt, mit dem wir die Stärkung der Kreislaufwirtschaft vorantreiben wollen. Wir wollen das chemische Recycling stärken und dass endlich Reallabore und Demonstrationsanlagen in Nordrhein-Westfalen eingerichtet werden können.

(Beifall von der FDP)

Das ist wirkliche Umweltpolitik und keine Klientelpolitik. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das war ganz schwach!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht ihr Abgeordneter Herr Dr. Wille.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Landeshaushalts 2024 wird in Zeiten großer haushaltspolitischer Unsicherheiten beraten. Gleichzeitig hat sich an der sich zuspitzenden ökologischen Situation und den sich daraus ergebenden landespolitischen Herausforderungen nichts geändert. Deshalb ist es gut, dass wir zum Einzelplan 10 heute sagen können, dass die Koalition aus CDU und Grünen Kurs hält.

Folgende Themen möchte ich exemplarisch erwähnen. Zum einen ist die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie eine über Jahrzehnte laufende Herausforderung, mit der unsere Gewässer schrittweise in einen guten ökologischen Zustand überführt werden. Hier finanziert NRW auf hohem Niveau die von den örtlich zuständigen Wasser- und Bodenverbänden geplanten Maßnahmen an Bächen, Vorflutern und Flüssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch im zweiten Jahr nach der Hochwasserkatastrophe ist es wichtig, dass Maßnahmen zum technischen und ökologischen Hochwasserschutz konsequent fortgeführt werden und das Land NRW die dafür notwendigen Mittel bereitstellt.

Diese Aufgaben werden uns noch jahrelang beschäftigen, sie sind aber angesichts der fortschreitenden Klimakrise und der Zunahme von Starkniederschlagsereignissen wichtiger denn je. Der Kollege Ralf Nolten hat darauf vorhin auch schon hingewiesen.

Im Einzelplan 10, Titelgruppen 82 und 83, finden sich die relevanten Ausgaben Nordrhein-Westfalens für die verschiedenen Aktivitäten, Maßnahmen und Förderprogramme im Bereich des Naturschutzes. Und das, Herr Kollege Brockes, leitet sich aus einer sorgsam analysierten Biodiversitätsstrategie des Landes NRW ab: Wo liegen die Gefährdungsursachen für unsere Biodiversität? Was sind die notwendigen Maßnahmen? – Das hat nichts mit Klientelpolitik, sondern mit seriöser, wissenschaftsbasierter Politik zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüße [GRÜNE]: So sieht es aus! – Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

– Außer zu Grölen, haben Sie da nichts übrig. Im Ausschuss würden wir gerne Ihre fachlichen Ausführungen dazu hören, was man besser machen kann.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Da kommt dann nichts!)

– Ja, da kommt dann nichts. Genau.

Wir gehen gerade auch in diesem schwierigen Jahr einen weiteren Schritt der vereinbarten Aufstockung und erhöhen die Naturschutzmittel um 7,5 Millionen Euro. Wir sichern die Arbeit der für die Durchführung von konkreten Schutzmaßnahmen wichtigen Biologischen Stationen mit Verpflichtungsermächtigungen ab, damit diese endlich mehrjährig arbeiten können.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie haben das eben infrage gestellt, Herr Brockes. Ja, bei den Biologischen Stationen arbeiten Menschen – genau wie in Kindergärten. Die haben auch Anspruch auf einen angemessenen Teil an Gehaltssteigerungen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Um nichts anderes geht es dabei, als diesen Menschen, die dort engagierte Arbeit machen, faire Löhne zuzusichern.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: So sieht es aus!)

Die Biostationen können die Schutzgebiete in NRW so besser betreuen, und die Maßnahmenkonzepte – zum Beispiel in den europäisch bedeutsamen Natura-2000-Gebieten – können umgesetzt werden, damit Schutzmaßnahmen nicht nur auf dem Papier, sondern draußen in der Landschaft konkret stattfinden.

Den Prozess zur Ausweisung eines zweiten, für den Artenschutz und Biodiversitätsschutz so wichtigen Nationalparks in unserem Bundesland hat die Landesregierung wie angekündigt 2023 gestartet und wird ihn 2024 abschließen.

Im Bereich der Bildung für Nachhaltigkeit gehen wir den Weg zur Vervollständigung des landesweiten Netzwerks von Umweltbildungseinrichtungen weiter und sorgen dafür, dass insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie Kinder und Jugendliche ein flächendeckendes Angebot entsteht.

Die schrittweise Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft, die Förderung von Ressourceneffizienz, die Etablierung von Umweltmanagementsystemen und der Aufbau einer Umweltwirtschaft sind wichtige Bausteine einer zukunftsfähigen Wirtschaft in NRW. Es ist gut, dass das Land hier durch viele Förderbausteine aktiv ist und Anreize schafft.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auch in Anknüpfung an den Haushalt 2023 bleibt festzuhalten: Die schwarz-grüne Koalition verstärkt das Personal in der Umweltverwaltung, um den Vollzug verschiedener Umweltgesetze zu verbessern, Projekte und Maßnahmen zügig umzusetzen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Die kürzlich gestartete neue Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität gehört zwar nicht zum Einzelplan 10, ergänzt und flankiert aber die Natur- und Umweltschutzarbeit in unserem Bundesland.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist angesichts des Ausmaßes der Biodiversitäts- und Klimakrise noch nicht genug – das streiten wir überhaupt nicht ab –, aber es sind wichtige Schritte in einer schwierigen Zeit. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Wille. – Für die AfD spricht ihr Abgeordneter Herr Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! In der Bibel heißt es schon:

„Hütet euch aber vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber reißende Wölfe sind!“

Die echten Wölfe, wie Gloria, werden von den Wölfen geschützt, die in Ministerien und Verbänden sitzen und an der harmlosen Sonnenblume erkennbar sind.

Auch heißt es in der Bibel: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“ So viel sei verraten: Diese Früchte sind faul. Ich sage Ihnen, warum: Im Umweltministerium werden Unsummen für ein Wolfsgutachten ausgegeben, das ein ehemaliger Staatssekretär erstellt – ein Gutachten, das zwei Jahre zuvor schon einmal von demselben Mann erstellt wurde, aber mit anderer Empfehlung.

Die Grünen bekämpfen zwar die globale Erwärmung, aber die Nestwärme, die schätzen sie sehr. Sie sind Vettern- oder besser Schwagerwirtschaft gewohnt. Es ist passend, dass unser grüner Umweltminister Krischer auch Teil der Agora-Familie des ehemaligen Staatssekretärs Graichen ist.

Ich gebe Ihnen noch mehr Beispiele an die Hand. Es sind übrigens Beispiele, die man gerne vor aller Augen versteckt, und zwar in Ergänzungsvorlagen von Haushaltsplänen, die nachgereicht werden. In einer heißt es, dass das Umweltministerium eine eigenständige Nationalparkbehörde gründen will. Das sind mal eben sechs Stellen auf Staats- bzw. Steuerzahlerkosten für einen zweiten Nationalpark, den es

noch gar nicht gibt und den jetzt schon keiner haben will.

Natürlich können nähere Informationen über Zeitplanung und Ausgestaltung nicht gegeben werden. Es ist ja, wie es dort unironisch heißt, ein komplexes Verfahren. Ja, das ist ein weites Feld heißt es schon bei Effi Briest. Die Grünen sehen ein weites Feld und denken sich: Da könnte man Solaranlagen oder Windmühlen bauen.

Das Ziel der Umweltschutzpolitik ist es, das ganze grüne Rudel zu versorgen. Der Staat ist das Schaf, das man sich zur Beute macht, und der Steuerzahler die Kuh, die man melken möchte. Man glaubt im grünen Wolfsrudel, dass man diese Steuerzahlerkuh durch grünes Wachstum füttert. So preist man die Innovationspotenziale von grünen Start-ups. Tatsächlich aber schlachtet man die Kuh, die man eigentlich melken will.

Diese grünen Start-ups werden nie wirtschaftlich sein. Firmen, die Algen für Schnelltests züchten, und der Vertrieb von Proteinriegeln oder Tierfutter aus Insekten werden Deutschlands Volkswohlstand bestimmt nicht sichern. Wir verwandeln uns wirklich in eine Bananenrepublik, aber wenigstens ist diese Banane biozertifiziert und mit Fairtrade-Label versehen.

Ein weiterer großer Batzen Geld geht in Beratungen: Beratungen für Klimafolgenanpassungen, Beratungen für Vorsorge vor Extremwetter usw. Statt konkreter Maßnahmen bekämpft man den CO₂-Ausstoß, indem man bei Laberveranstaltungen CO₂ produziert. Ob das Ablassen von heißer Luft den Treibhauseffekt wirklich mindert? Zweifel sind angebracht, aber wenigstens kann man damit Geld verdienen.

Früher wurde gewitzelt, dass man bald sogar die Luft zum Atmen besteuern wird. Darüber sind wir schon lange hinweg. Jetzt soll vor allen politischen Vorhaben zum Beispiel ein Nachhaltigkeitscheck stattfinden, ganz im Sinne der globalistischen Nachhaltigkeitsziele der UN.

Tatsächlich dient die grüne Moral aber vor allem dazu, Geschäfte zu machen. Mit den wohligen Gefühlen von Umweltschutz sollen Wählerstimmen generiert werden. Sobald sie dann in der Regierung sind, geht es in erster Linie darum, Reibach zu machen. Und Reibach machen die Grünen ganz im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele auch als Kreislaufwirtschaft.

Ich erkläre Ihnen einmal den Kreislauf: Gigantische Spendensummen der Windkraftlobby fließen im Wahlkampf an die Grünen. Sind die Grünen in der Regierung, so erhöhen sie die Fördermittel an die Windindustrie und steigern den Windkraftausbau. Das beschert der Windkraftlobby eine schöne Rendite, die als Spende an die Grünen zurückfließen kann. Das ist wirklich Circular Economy im grünen Sinne.

Um auch den Kreislauf in meiner Rede zu schließen, komme ich zum Schluss noch einmal zurück zum Wolf. Wir diskutieren schon lange über das Thema und jeder weiß: Die Grünen sind die Wolfslobby. Alle Förderprogramme, alle Wolfsberater, alles Wolfsmangement, alle Durchführungsverordnungen und Entschädigungszahlen sind unterm Strich nur ein teures Fütterungsprogramm für die Wölfe und die Wolfsschützer in den grünen Vorfeldorganisationen. Sie ändern nichts daran, dass die Wiederansiedlung des Wolfes voll auf Kosten der Weidetierhalter geht. Und wenn die Weidetierhaltung immer unmöglicher wird, gehen damit nicht nur ein traditionsreicher Beruf sowie alte und bedrohte Nutztierassen, sondern auch die von Ihnen gepflegte Kulturlandschaft und damit Identität und Heimat zugrunde. Das aber mit Glanz und Gloria, der Wölfin Gloria. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Schalley. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Krischer.

Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kommen wir zur Sache zurück. Wir stehen in der Umweltpolitik vor riesigen Herausforderungen. Die Krisen und insbesondere ihre Folgen werden immer größer und immer schwieriger. Das sind die Folgen der Klimakrise und der Aussterbekrise.

Gleichzeitig werden die Handlungsspielräume der öffentlichen Hand kleiner. Auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Das heißt: Wir müssen klar priorisieren. Wir müssen uns darum kümmern, dass die Transformation gelingen kann.

Mit diesem Haushalt leisten wir dazu ganz entscheidende Beiträge. Ein Beitrag sind die Maßnahmen zur Klimaanpassung, die absolut notwendig sind, damit wir uns auf ein verändertes Klima in den nächsten Jahrzehnten einstellen können.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Wir alle erleben tagtäglich, jedes Jahr und immer, wie sehr uns Starkregenereignisse, Hitzewellen und Dürren zusetzen und wie sehr sie auch unser Leben und Wirtschaften einschränken.

Deshalb fördert mein Haus die Klimaanpassungsstrategien von Kommunen, um es zu ermöglichen, sich vor Ort auf das veränderte Klima einzustellen. Das halte ich persönlich für eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, die wir im Moment anpacken müssen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dazu gehört auch – wir alle haben die Bilder von 2021 vor Augen –, dass wir uns um den

Hochwasserschutz kümmern und konsequent dranbleiben. Das ist in der Tat keine Kurzfristaktion, sondern eine Arbeit bzw. ein Marathonlauf, der konsequent weiterbetrieben wird und in unserem Hause und in diesem Haushalt auch entsprechende Priorität hat. Es ist eine ganz entscheidende Herausforderung der Zukunft, dass wir unsere Infrastruktur hochwassersertüchtigen machen, damit die Folgen von wieder zu erwartenden Hochwasserereignissen nicht mehr so schlimm wie 2021 werden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Andreas Keith [AfD]: Ja, dann machen Sie es doch endlich!)

Es muss auch etwas Weiteres geben, was einige Kollegen schon angesprochen haben. Wir sind mit einer beispiellosen Aussterbekrise, also einer Krise der Biodiversität, konfrontiert. Natürlich muss jeder öffentliche Haushalt darauf reagieren, eine Antwort finden und Maßnahmen vorschlagen. Deshalb haben wir trotz aller Sparnotwendigkeiten die Mittel für den Naturschutz erhöht.

Eine Maßnahme ist, dass wir die Biologischen Stationen stärken, um die Nordrhein-Westfalen bundesweit beneidet wird. Wir holen das nach, was in der Vergangenheit nicht geleistet werden konnte. Hier soll eine vernünftige Ausstattung stattfinden, damit die Arbeit entsprechend geleistet werden kann.

Das ist aber selbstverständlich nur ein Teil unserer Naturschutzarbeit. Es wird noch sehr viel mehr geleistet, unter anderem in privaten Stiftungen, in Initiativen, im Flächenerwerb. Dazu gehört selbstverständlich auch die Ausweisung eines zweiten Nationalparks. Das ist unsere Biodiversitätsstrategie, mit der wir unseren Beitrag dazu leisten, das Artensterben zu vermindern.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in dieser Zeit eine große Aufgabe. Auch hier unterstützen wir, stabilisieren wir und setzen wir die guten Strukturen in Nordrhein-Westfalen fort, damit entsprechende Arbeit auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen geleistet werden kann.

Genauso stärken wir den Altlastensanierungsverband, der hervorragende Arbeit leistet und Flächen, die sonst nicht mehr genutzt werden können, für eine Nutzung zur Verfügung stellt. Da setzen wir eine Priorität. Herr Schneider, hier wird nichts gekürzt, sondern der Etatansatz erhöht, weil genau diese Arbeit richtig und notwendig ist.

Dieser Haushalt des Umweltministeriums setzt in finanziell schwierigen Zeiten klare Prioritäten. Wenn die eine Oppositionspartei sagt, es sei viel zu viel, und die andere sagt, es sei viel zu wenig, dann ist wohl irgendwo etwas Gutes drin. Und wenn Herr

Brockes schon vorschlägt, mir ein Denkmal zu setzen, bin ich ganz begeistert;

(Heiterkeit von der CDU und den GRÜNEN –
Dietmar Brockes [FDP]: Das machen Sie
schon selbst!)

denn dann muss an diesem Etat etwas dran sein. –
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister
Krischer. – Mir liegen keine weitere Wortmeldungen
mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache zu Teil
a) Umwelt und Naturschutz.

Wir kommen zu:

b) Verkehr

In Verbindung mit:

Lokalen Einsatz für die Radverkehrsinfrastruktur fördern – Bürgerradwege

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/6844

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster spricht für die
SPD ihr Abgeordneter Dudas.

Gordan Dudas (SPD): Schönen guten Abend! Herr
Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der de-
mokratischen Fraktionen! Gerade einmal 17 Monate
ist der Koalitionsvertrag alt, mit dem sich CDU und
Grüne ambitionierte Ziele gesetzt hatten – und das
zu einem Zeitpunkt, als viele der aktuellen Problem-
lagen wie Energiekrise, Inflation und Fachkräftemangel
mit den Auswirkungen auf die finanziellen Rahmen-
bedingungen offensichtlich waren.

Dass mit dem Einzelplan 10 nun die allermeisten
Punkte des Koalitionsvertrages einkassiert werden,
kommt daher einer Bankrotterklärung der Landesre-
gierung gleich.

(Beifall von der SPD)

Statt der Gestaltung der Verkehrswende und des
dringend notwendigen Aufbruchs bei den Investitio-
nen zur Instandsetzung der Verkehrswege zementie-
ren Sie mit diesem Haushalt Ihren Ruf als Koalition
des Stillstands.

Schauen wir auf die einzelnen Teilbereiche.

Für ÖPNV und SPNV hatten Sie das Ziel ausgerufen,
stärker, verlässlicher, vernetzter, flexibler, sicherer
und barrierefrei zu werden. Bis 2030 wurde eine

Erhöhung des Angebots um mindestens 60 % ge-
plant. Aber werden hier auch entsprechend Gelder in
die Hand genommen, um zu investieren? Nein. Es gibt
eine Erhöhung des Gesamtansatzes um 2,85 % ge-
genüber 2023, in Summe 89,74 Millionen Euro mehr –
und das bei einer Steigerung der Bundesmittel um
106 Millionen Euro. Diese Koalition kürzt sogar die
Landesmittel um 16 Millionen Euro.

Auch beim Herzensthema der Grünen, der Nahmo-
bilität, dem unverzichtbaren Standbein der Verkehrs-
wende, wird trotz des marginalen Änderungsantrags
der Koalitionsfraktionen in Titelgruppe 61 immer
noch um gut 27 % gekürzt. Das sind 12,62 Millionen
Euro weniger. Kein Wunder, dass der Radwegeaus-
bau stockt! Da kann auch Ihr Schaufensterantrag für
Bürgerradwege nichts mehr retten. Wir werden ihn
aus diesem Grund auch ablehnen.

Wie sieht es bei der Schifffahrt aus? Die bislang ma-
geren 8 Millionen Euro pro Jahr werden noch mal um
ein Drittel gekürzt.

Wie ist es beim weiterhin wichtigsten Verkehrsträger,
der Straße? Wenn man den Änderungsanträgen von
CDU und Grünen folgt, wird der Versuch der Ver-
schleierung bei der Zusammenführung der Titel 777
zurückgenommen. Aber an der Summe ändert sich
nichts: 317 Millionen Euro und damit 33 Millionen
Euro weniger als noch im laufenden Jahr.

Die Verkehrswende wird von der Stillstandskoalition
im wahrsten Sinne des Wortes abgesagt. Weniger
Geld für Radwege an Landesstraßen, weniger Geld
für Landesstraßensanierung, weniger Geld für den
Neubau von Landesstraßen. Was die CDU-Kollegen
davon halten? Herr Minister Krischer, dass Ihnen der
eigene Koalitionspartner in einem an Sie gerichteten
offenen Brief die Handlungsunfähigkeit des Staates
attestiert, sagt viel über diese Koalition aus.

(Beifall von der SPD)

Der eigene Koalitionspartner! Mehr Klatsche geht
nicht, Herr Minister.

(Beifall von der SPD)

Ihr sogenannter Koalitionspartner hat den Kaffee auf –
so sieht es aus.

(Zuruf: Richtig!)

Herr Minister, an dieser Stelle muss man allerdings
auch sagen: Sie haben zu einem kniffligen Problem
bezüglich einer kommunalen Baumaßnahme dan-
kenswerterweise ein parteiübergreifendes Gespräch
mit uns, den örtlichen Abgeordneten, geführt, um
über die weitere Vorgehensweise zu sprechen.
Danke schön dafür. Das weiß ich sehr zu schätzen.

Herr Minister, daher lade ich Sie ebenfalls ein: Las-
sen Sie uns zusammen Verantwortung übernehmen
und gemeinsam einen Einzelplan 10 mit Lösungen
für NRW erarbeiten, um unser Land endlich wieder

handlungsfähig zu machen und damit Ihr derzeitiger Koalitionsabschnittsgefährte keinen Grund mehr zum Herumjammern hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dudas. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Herr Krauß.

Oliver Krauß (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zu den Fakten; denn heute beraten wir den größten Verkehrsetat unseres Landes. Er federt Krisen und Inflation ab, er ist ehrlich, und er hat Kraft und Relevanz für alle Verkehrsmittel.

Wenn Sie den Redebeitrag meines Vorredners auf sich wirken lassen, merken Sie: Hier prallen Sichtweisen heftig aufeinander. Auf der einen Seite steht ein realistischer Haushalt mit dem Geld, das dem Staat anvertraut ist, mit zusätzlicher Option in der Krise; auf der anderen Seite steht eine bewusste Verschuldung in der Hoffnung auf künftige Rendite.

Meine Damen und Herren, wir sehen die Situation der Ampel im Bund, und wir sehen die Situation bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir sehen den Unterschied.

(Beifall von der CDU)

Beim Deutschlandticket hält NRW Wort; der Bund läuft hinterher.

Ausdrücklich danke ich für die konstruktiven Haushaltsberatungen im Ausschuss. Wir haben diese geteilte Sicht nämlich auch bei uns. Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion setzen auf mehr Geld, ohne Gegenrechnung. Wir aber sind in der demokratischen Mitte gemeinsam engagiert, um Spielraum zu nutzen, um noch effektiver zu sein.

Beim Straßen- und Brückenbau ist Christof Rasche von der FDP unzufrieden mit der Zusammenlegung gewesen. Das geht über Parteigrenzen hinweg; das haben wir gerade gehört. Deshalb gibt es einen klaren Änderungsantrag mit einem absoluten Hoch für den Erhalt der Landesstraßen.

Wo Konjunktur und Bundesgesetzgebung es nicht hergeben, Einmalzahlungen aus 2023 zu wiederholen, bleiben unsere Ansätze robust, zum Beispiel im Fall der Nahmobilität. Die Ausstattung bleibt dran an der mittelfristigen Finanzplanung. Und wir wollen noch drauflegen: 1,95 Millionen Euro on top. Auch das ist ein Änderungsantrag, der gerade nicht erwähnt wurde.

Zum kommunalen Straßenbau: Ab 2024 übernimmt das Land die Ausbaubeiträge seiner Bürgerinnen und Bürger dauerhaft. Der kommunale Straßenbau wird auf hohem Niveau finanziert – über den

Istwerten vor der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021. Wir gehen in das fünfte Jahr, in dem das Land den kommunalen Straßenbau ohne den Bund schultert.

Es gibt eine Signifikanz für ÖPNV und SPNV: mehr als 89 Millionen Euro plus im Kapitel 10 110. Für die NE-Bahnen sind zusätzliche 2 Millionen Euro beantragt, um wertvolle Alternativen zur Straße zu schaffen.

Sozialticket, Schülerticket, Azubiticket – Herr Kollege Dudas, in NRW ist Mobilitätswandel eben kein Elitoprojekt, sondern wird bezahlbar gemacht für alle Generationen in Stadt und Land.

(Beifall von der CDU)

Der ÖPNV-Planungsvorrat wird für die Regionalisierungsmittel ertüchtigt. Für das Mobidrom als Schwungrad der Vernetzung werden die Mittel fast verdoppelt. Die ÖPNV-Offensive zieht an: 4 Milliarden Euro bis 2031.

Im laufenden Jahr werden 77 Millionen Euro allein in die Erweiterung des Radwegenetzes investiert. 1.000 neue Kilometer sind im Plan; 600 waren es schon in der vorigen Legislaturperiode. Und das geht weiter. Wir beantragen heute nochmals 50.000 Euro, um das Radvorrangnetz zu definieren.

Zur Schifffahrt, Herr Kollege Dudas: Das westdeutsche Kanalnetz wird mit verlässlicher Finanzierung aus NRW ausgebaut.

Ich bitte für meine Fraktion um Zustimmung zu diesem Haushalt; denn er geht verantwortlich mit dem Geld um, das bei uns verdient wird. Er entfesselt den Modal Split.

NRW steht zusammen im Bündnis für Mobilität. Die Dynamik im Wandel reißt trotz schwacher Konjunktur nicht ab. Fast jeder fünfte Privathaushalt hat schon mindestens ein Pedelec. Das Bikesharing boomt.

Deshalb ist mit diesem Punkt auf der Tagesordnung heute unser Antrag verbunden, den Bau von Bürgerwegen noch effektiver zu machen – als Projekt der Partnerschaft und Kooperation: schneller, kostengünstiger, pragmatisch, solidarisch. Und deshalb bitte ich für diesen wichtigen und ernsthaften Antrag um Unterstützung. Seine Realisierung ist Impuls für den Wandel in Freiheit, für ein Erneuerungsprojekt der Gemeinschaft, das sich für alle lohnt – für alle –, anstatt dass alten Ansprüchen immer nur neue hinzugefügt werden und der Staat sich überschätzt, bis er nicht mehr kann. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Krauß. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt die beiden Reden von Herrn Dudas und Herrn Krauß gehört.

(Thorsten Klute [SPD]: Der eine war echt trocken!)

– Beide Kollegen haben sich an die Fakten gehalten. Man hat nur aus unterschiedlichen Richtungen draufgeschaut. Daher war der Widerspruch gar nicht so groß. Bleib mal ganz locker.

Ich versuche jetzt auch, mich an Fakten zu halten. Ein wesentliches Element der Verkehrspolitik der FDP ist es, möglichst sicher, sauber und verlässlich von Punkt A nach Punkt B zu kommen. Das gilt sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Güter. Und diese drei Ziele – noch mal: sicher, sauber und verlässlich von Punkt A zu Punkt B – sind uns wichtig. Der Verkehrsträger selber ist dabei nachrangig.

Dafür bedarf es einer bedarfsgerechten Verkehrsinfrastruktur. Diesbezüglich sind sowohl der Haushalt als auch die Verkehrspolitik dieser Koalition mangelhaft.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

In den bisherigen 18 Monaten stellte die Koalition Anträge, in der Regel immer zum ÖPNV, und einen Antrag zur Binnenschifffahrt, der allerdings in der Anhörung extrem negativ bewertet wurde. Güterverkehr, der Verkehrsträger Straße oder auch Luftverkehr oder Schiene und dann auch Binnenschifffahrt: All das ist für diese Koalition nachrangig, aber für die Zukunft des Landes enorm wichtig.

Im Haushalt wird bei einigen Verkehrsträgern entgegen dem Bedarf erheblich reduziert. Da versuche ich jetzt mal, die unterschiedlichen Fakten miteinander zu verbinden.

Beide haben von Schienenverkehr, also von den NE-Bahnen, geredet. Schienenverkehr ist eigentlich ein wesentliches Thema für die Grünen und auch für die CDU. Die Regierung reduzierte bei den NE-Bahnen von 12 auf 6 Millionen Euro – minus 50 %. Jetzt liegen Änderungsanträge der beiden Regierungsfractionen vor. Jetzt reduzieren wir von 12 auf 8 Millionen Euro – minus 33 %. Diese minus 33 % versuchte Kollege Krauß gerade noch als Heldentat zu verkaufen.

(Klaus Vossemer [CDU]: Bedarfsgerecht!)

Nehmen wir die Förderung von ÖPNV-Planungsvorrat: Die Regierung reduzierte von 23,5 auf 12 Millionen Euro – minus 50 %. Jetzt liegen Änderungsanträge der beiden Regierungsfractionen vor. Jetzt reduzieren wir von 23,5 auf 18 Millionen Euro – minus 22 %. Das ist doch alles andere als eine Heldentat, als die es gerade verkauft werden sollte.

Zudem kommen diese 6 Millionen Euro, die ihr jetzt draufgesattelt habt, nicht aus den Mitteln des Haushalts, sondern aus den Regionalisierungsmitteln. Das heißt, dass sie am Ende fehlen, um den Verkehr zu organisieren oder zu finanzieren. Es handelt sich also um eine Zweckentfremdung der Mittel. Unehrlisches Spiel!

(Beifall von der FDP)

Dann kam gerade die Aussage in Richtung Berlin – etwas anderes geht bei dieser Koalition ja auch gar nicht mehr –: NRW hält Wort. – Krasser Satz, super-toll! Wir sind alle stolze NRWler. Ich hoffe, wir halten alle Wort.

Aber jetzt nehmen wir einmal den Koalitionsvertrag. Darin steht, dass jeder Euro, den Berlin nach Unterschreiben des Koalitionsvertrags mehr gibt, durch Landesmittel dieser Regierung oder dieser Koalition verdoppelt wird. Wir wissen genau: Nach dem Unterschreiben gab es für die Jahre 2022, 2023 und 2024 insgesamt für den ÖPNV 571 Millionen mehr für Nordrhein-Westfalen. Nach eurem Koalitionsvertrag hätte man 571 Millionen Euro drauflegen müssen. Es gibt keinen einzigen Euro mehr.

(Gordan Dudas [SPD]: Genau!)

Heißt das übersetzt: „NRW hält Wort“? Null Komma null! Herr Krischer, Sie haben die 571 Millionen Euro in Wahrheit nicht einmal komplett weitergegeben. Wir werden das nachweisen, wenn die Zahlen endgültig auf dem Tisch liegen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Straßen- und Brückenbau: Auch dort gibt es unterm Strich, auch wenn die Transparenz wiederhergestellt wird – vielen Dank, dass das gemacht worden ist; ich finde es richtig –, ein Minus von 33 Millionen Euro. Zudem wurden die erheblichen Baukostensteigerungen nicht berücksichtigt. Wenn man beides zusammenrechnet, macht das ein Minus von 30 %.

(Oliver Krauß [CDU]: Wie ist der Mittelabfluss?)

Das ist doch keine Heldentat. Das ist genau das Gegenteil; denn der Sanierungsstau ist groß.

Binnenschifffahrt kommt – das haben wir in der Anhörung gehört – ganz zum Schluss.

Der Antrag zu den Bürgerradwegen ist ein richtiger Antrag. Bürgerradwege sind gut. Das haben wir übrigens in der Koalition von 2005 bis 2010 erfunden. Da haben CDU und FDP – oder ich sage jetzt: FDP und CDU – Bürgerradwege initiiert. Die gab es vorher gar nicht etatisiert im Haushalt von Nordrhein-Westfalen. Unsere Idee! Natürlich stimmt die FDP ihrer eigenen Idee auch zu. Es ist gut, dass die Grünen das Ding jetzt auch mitmachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Herr Metz.

Martin Metz (GRÜNE): Guten Abend! Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die schwarz-grüne Koalition hat das Ziel, die Mobilität in Nordrhein-Westfalen klimafreundlicher und funktionsfähiger zu gestalten. Der Weg zu einer solchen Mobilitätswende, von der alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen profitieren, ist erst recht unter diesen schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen steinig.

Da muss ich schon auf meinen Vorredner eingehen. Lieber Christof Rasche, das ist für die FDP auch ein toller Auftritt, sich hier hinzustellen und überall zu fordern: Da braucht es mehr Geld, da braucht es mehr Geld, da braucht es mehr Geld.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Auf anderen Ebenen erleben wir gerade ganz andere Debatten. Gleichzeitig ist man dann sogar für Steuerenkungen. Man ist für die Schuldenbremse und fordert überall mehr Geld. Das ist die Mathematik der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN – Norwich Rüste [GRÜNE]: Kollege Witzel erklärt es jetzt!)

Zur Lage der Mobilität in unserem Land: Wir sehen die positiven Ansätze, die es gibt – die neuen Mobilstationen, die Fahrradmietsysteme, den Ausbau von On-Demand-Verkehren, den RRX oder steigende Zulassungen bei der Elektromobilität. Nur ist doch ganz klar: Die Herausforderungen sind gewaltig – gerade bei unserer Infrastruktur, bei den maroden Brücken, beim dringend notwendigen Ausbau von Schienen- und Radwegen.

Wir als schwarz-grüne Koalition sind auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität und auf dem richtigen Weg.

Zum Straßenbau wurde eben auf die Haushaltstitel eingegangen. Nun muss man sagen: Der Vorschlag, die Haushaltstitel für Straßenbau zusammenzuziehen, ist nachvollziehbar. Wir haben unglaublich viele Bereiche, in denen Ausbau, Neubau und Erhalt zusammenhängen. Da sollte die Flexibilität erhöht werden. Es wurde bemängelt, das gehe auf Kosten der Transparenz. Das kann man so und so sehen. Wir als Koalition haben uns dafür entschieden, beim bisherigen Modus zu bleiben. Nichtsdestotrotz lohnt es sich, über diesen Ansatz nachzudenken, um die Effizienz zu erhöhen und die Synergien zu nutzen, die man beim Straßenbau hat.

Jetzt wird noch mal deutlicher, was Teil dieses Haushalts ist, nämlich, dass wir beim Bereich „Straßenbau“ den Fokus absolut auf den Erhalt unserer Straßeninfrastruktur legen und mit 220 Millionen Euro ein

Rekordvolumen für den Erhalt haben. Vor dem Hintergrund, dass wir in Nordrhein-Westfalen Hunderte von maroden Brücken und gleichzeitig knappe Kassen und Personalmangel haben, ist das auch absolut richtig.

Allen, die sowohl ganz viel Neubau als auch ganz viel Ausbau trotz leerer Kassen und trotz Personalmangel fordern, muss ich sagen: Das wird nicht funktionieren. Wir haben beschränkte Ressourcen.

Die Priorität dieser Landesregierung ist klar. Es wäre im Übrigen schön, wenn der Bund, der zweifelsohne und unbestritten für die Autobahn zuständig ist, genauso verfahren würde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Straßenbaumittel insgesamt muss man einmal einordnen. 2004, vor 20 Jahren, hatten sie ein Volumen von 128 Millionen Euro. Jetzt sind es 317 Millionen Euro. Das ist der zweithöchste Ansatz, den wir jemals im Bereich „Straßenbau“ hatten. Es ist mehr, als jemals im Ist bis einschließlich 2022 ausgegeben wurde. Deshalb ist das ein starkes Signal, dass NRW zu seinen Straßen und seiner Straßeninfrastruktur steht.

Wir haben 2023 eine deutliche Schippe beim Radverkehr draufgelegt. – Herr Kollege Dudas, vielleicht wollen Sie zuhören. Das ist auch interessant.

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Wir hatten letztes Jahr noch einmal die Ansätze im Bereich „Radverkehrsförderung“ erhöht. Diese erhöhten Ansätze konnten wir aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen nicht halten. Das ist das, was in diesem Haushalt steht. Wir haben trotzdem versucht, das Maximum herauszuholen.

Dazu möchte ich ganz klar sagen: Das zeigt, dass die Radwege und der Ausbau von Radwegen für diese Koalition eine hohe Priorität haben. Wir setzen auf das Fahrrad als umweltfreundliches und kostengünstiges Verkehrsmittel.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Bei den Mitteln für die NE-Bahn haben wir in ähnlicher Weise versucht, noch möglichst viel herauszuholen, ebenso für den ÖPNV-Planungsvorrat. Das haben die Vorredner bereits alles ausgeführt.

Das Deutschlandticket möchte ich an dieser Stelle deutlich hervorheben. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass das Land trotz der schwierigen Bedingungen 280 Millionen Euro Landesanteil im Haushalt 2024 gesichert hat. Das Deutschlandticket mit seiner ganz neuen Freiheit, der Freiheit von Verbänden und komplizierten Modellen, ist eine soziale und klimafreundliche Entlastungsmaßnahme. Es ist ein großer Erfolg. Und wir setzen noch einen drauf: mit dem Deutschlandticket Sozial in NRW, mit dem

Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler und kürzlich mit dem Semester-Deutschlandticket.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Für uns ist das Deutschlandticket nicht mit einem Ablaufdatum versehen, sondern es ist der richtige Weg für einen attraktive Bus- und Bahnverkehr in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir sehen das als Beispiel dafür, dass Veränderungen in unserer Mobilität möglich sind, wenn man den Mut hat und Wege konsequent beschreitet.

Ist dieser Haushaltsplan 2024 das Ziel einer Mobilitätswende? Nein, schon allein wegen der knappen Kassen nicht. Wir können vielleicht nicht so schnell sein, wie wir wollen. Aber wir gehen den richtigen Weg für die Mobilitätswende in Nordrhein-Westfalen konsequent weiter und stimmen daher auch diesem Einzelplan zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Metz. – Für die AfD spricht ihr Abgeordneter Herr Esser.

Klaus Esser* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn meiner Rede erst einmal meine Verwunderung ausdrücken. Einerseits erleben wir hier in diesen Haushaltsdebatten recht unsachliche Verschärfungen durch völlig abseitige und debattenferne Äußerungen, zum Beispiel vorhin einer Ministerin. Andererseits scheint diesem Haus in diesem Jahr aber etwas zu fehlen, was sonst üblich war. Deswegen möchte ich ganz explizit damit beginnen, dem Ministerium, den beteiligten Referaten, dem Minister und den Mitarbeitern für die Aufstellung dieses Haushalts zumindest im Teil „Verkehr“ herzlich zu danken.

Viel Ideologie, wenig Realitätsbezug: Die schwarzgrüne Verkehrspolitik ist beim Landeshaushalt 2024 genauso gut austariert und abgestimmt wie etwa bei der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes.

Dass der Landeshaushalt auch bei dem Verkehr in einer ideologischen Schiefelage hängt, zeigt sich an folgender Gegenüberstellung: Anteil der zurückgelegten Personenkilometer mit dem Auto in NRW 74 %, Landesbudget für die Straße 739 Millionen Euro kumuliert; Anteil zurückgelegter Personenkilometer mit der Bahn in NRW lediglich 8 %, Landesbudget für die Schiene aber 3,2 Milliarden Euro.

Die Schiene wird also bereits auf das Heftigste subventioniert. Und um die Balance zur Straße wiederherzustellen, erfinden Sie was? Das Deutschlandticket.

Auch 2024 soll das Deutschlandticket NRW wieder mehr als 560 Millionen Euro kosten – voraussichtlich; denn schon jetzt ist klar: Die Kosten werden weiter steigen. Ohne Subvention wird eine Preiserhöhung unumgänglich sein. Laut Branchenverband VDV kostet das Ticket mindestens 4 Milliarden Euro pro Jahr.

Für NRW bedeutet dies ein weiteres gigantisches Ausgabenloch in vollkommen ungesicherter Höhe. Das Geld müsste Jahr für Jahr durch Schulden finanziert bzw. aus anderen Projekten umgeschichtet werden – oder eben dem Bürger aus der Tasche gezogen werden.

Welche Entwicklungen kann man da in der Zukunft erwarten? Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr hat in diesem Herbst eine Ermittlung des Finanzbedarfs für die Fortführung des ÖPNV bis 2031 vorgestellt. Darin heißt es, dass die Kosten von aktuell 11 Milliarden Euro bis 2031 auf bis zu 31 Milliarden Euro ansteigen könnten – eine Kostenexplosion um fast das Dreifache.

Würden Sie Politik nach Vernunft machen, müssten Sie das Projekt „Deutschlandticket“ stoppen und die Gelder stattdessen in den Straßenerhalt und dringend notwendige Neubauten stecken.

Denn wären unsere Straßen in Ordnung, könnte man bei der Schiene entspannter sein. Aber die Straßen sind sprichwörtlich im Eimer. Viele Landstraßen sind vor lauter Schlaglöchern nicht mehr sicher befahrbar. Der Parkplatzsuchverkehr verstopft die Innenstädte, die ihrerseits immer weiter Parkflächen abschaffen. Tunnel sind einsturzgefährdet. Brücken zerbröckeln bzw. – siehe Rahmedetalbrücke – rosten im Wasserbad vor sich hin. Ganze Regionen sind dadurch von wichtigen Verkehrsschlagadern abgeschnitten – siehe Lüdenscheid.

Eine sehr traurige Wahrheit ist, dass im vergangenen Jahr mehr als 220 Personen auf Landstraßen in NRW ums Leben gekommen sind. Was fällt der Landesregierung in dieser Situation ein? Der Etat für Erhaltung, Sanierung und Baumaßnahmen für Landstraßen und Radwege wird zunächst zu einem beeindruckenden Posten zusammengeführt, der sicherlich Eindruck, Tatkraft und Entschlossenheit signalisieren soll – oder Flexibilisierung, wie Kollege Metz es vorhin sagte.

317 Millionen Euro sind schon eine Hausnummer. Aber dann fahren Sie mit reichlich Intransparenz und einer Verwirrungstaktik fort. Die 317 Millionen Euro sind letztlich nur ein gemeinsam gebündelter Topf, und dieser wird nun mit zahlreichen Änderungsanträgen wieder auseinandergerissen. Finden Sie das haushalterisch seriös?

Den Ausbau der Radwege, den Sie hier heute Abend in dem Antrag noch als Bürgerradwege einbringen, wollen Sie dann noch mit 38,4 Millionen Euro separat

ausweisen. War da nicht mal das Credo der schwarz-grünen Koalition „Erhalt statt Neubau“? Offenbar ist das jetzt auch Schnee von gestern.

(Zuruf von der SPD)

Chapeau übrigens: Während Straßenbautitel zusammengelegt werden, um Größe zu simulieren, werden die Finanzmittel für Radwege als separater Titel im Haushaltsplan aufgeführt. Das lässt sich dann auch viel besser Ihren Lobbygruppen, wie dem ADFC, verkaufen.

Nächste offene Flanke sind Lkw-Stellplätze. Seit Jahren ist das ein Riesenproblem. Es fehlen mehrere Tausend; Tendenz: weiter dramatisch steigend. Um das Problem jetzt endlich anzugehen, haben wir in einem Änderungsantrag 5 Millionen Euro gefordert. Sie hingegen wollen nicht nur kürzen, sondern ganz streichen und wieder einmal auf den Bund verweisen. Tausende Lkw-Stellplätze fehlen in NRW. Das ist Ihnen offenbar egal, denn Sie veranstalten ein munteres Hü und Hott, ein intransparentes Hin- und Herschieben. Jetzt liegen wieder Änderungsanträge vor. Wer soll da noch durchblicken? Tun Sie es selber noch?

Geben Sie für diese notwendigen Investitionen endlich die Straßen frei, investieren Sie wenigstens in das, was benötigt wird, um Straßen, Tunnel und Brücken zu erhalten und um Sicherheit zu garantieren.

Hören Sie auf, Ausgaben zu verschleiern und weitere für den Straßenbau essentielle Mittel abzuziehen, um sie dann in grünen Ideologieprojekten, wie Bürgerradwegen, zu verschleudern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Esser. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Krischer.

Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Infrastruktur in unserem Land ist groß, umfassend, aber sie ist in die Jahre gekommen, und sie ist an vielen Stellen in einem hochproblematischen Zustand.

Wir haben uns als schwarz-grüne Koalition, als Landesregierung dafür entschieden, dass wir uns dieser Herausforderung stellen und im Bereich der Schiene und der Straße die Sanierung prioritär behandeln, voranbringen.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben eine Sanierungsoffensive vorgelegt, bei der wir zum allerersten Mal der Sanierung insofern eine Priorität einräumen, als wir 400 Brücken in den nächsten zehn Jahren sanieren – 40 Brücken pro

Jahr –, diese konkret benennen können und sie prophylaktisch sanieren, damit sie nicht kaputtgehen und gesperrt werden müssen, wie es in der Vergangenheit passiert ist. Das ist eine ganz entscheidende, essenzielle Maßnahme für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen! Das ist dringend notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Natürlich müssen wir uns auch der Verkehrswende widmen, denn das Rückgrat einer nachhaltigen Mobilität sind der öffentliche Verkehr und der Radverkehr. Auch dabei gibt es eine ganze Menge zu tun. Wir müssen die Kapazitäten ausbauen. Wir brauchen Schnellbussysteme, wir wollen Strecken reaktivieren, wir müssen Bahnhöfe sanieren, wir müssen Barrierefreiheit schaffen und vieles, vieles mehr, was getan wird. Auch hier stellt das Land sich bei allen schwierigen Rahmenbedingungen – und das ist nun wirklich nicht leicht – seinen Herausforderungen. 4 Milliarden Euro stellen wir als ÖPNV-Pauschale bis 2031 den Aufgabenträgern zur Verfügung. Damit können die Maßnahmen, die Verkehre gesichert und weiterentwickelt werden. Das ist die Antwort auf die Verkehrswende. Wir könnten uns hier noch sehr viel mehr vorstellen, aber

(Gordan Dudas [SPD]: Doch!)

unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist das genau das, was jetzt im Moment erforderlich ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das, was ich jetzt sage, ist überhaupt keine Selbstverständlichkeit für die Landesregierung, und ich glaube, Nordrhein-Westfalen ist das einzige Land in Deutschland, das sich dem stellt. Wenn Sie am Bahnsteig stehen und wieder die Durchsage kommt „kurzfristiger Zugausfall“, weil das Personal nicht zur Verfügung steht, sagen wir klipp und klar: Wir suchen nicht die Schuld bei anderen, sagen nicht der Branche, dass zu wenig ausgebildet wird, sondern wir machen das selber!

(Zuruf von der SPD)

Im nächsten Jahr werden 250 Lokführerinnen und Lokführer und mindestens noch mal genauso viele Zugbegleiterinnen ausgebildet, damit wir das Personalsystem im öffentlichen Verkehr gestärkt bekommen. Das ist die Antwort auf die Verkehrswende.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich will auch klar etwas zum Deutschlandticket sagen, das hier eben schon angesprochen worden ist. Herr Rasche, das ist ja ein Witz, dass Sie behaupten, das Land würde sich nicht daran beteiligen. Alle 16 Länder, und darunter sind auch FDP-regierte, mussten monatelang kämpfen, dass wir überhaupt eine Antwort der Bundesregierung, vom Bundesverkehrsministerium, bekamen; jetzt haben wir wenigstens

eine Teilfinanzierungsperspektive seitens des Bundes. Ich finde es zynisch, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, das Land Nordrhein-Westfalen würde sich nicht beteiligen.

(Zuruf von Klaus Vossemer [CDU])

Es war im Übrigen das Land Nordrhein-Westfalen, das schon im Frühjahr den Vorschlag für das Studierendenticket gemacht hat; ein halbes Jahr haben wir auf eine Antwort des Bundesfinanzministers gewartet. Jetzt ist sie da, und wir haben Gott sei Dank das bundeseinheitliche Studierendenticket. Das ist mit dem Schülerticket der Fortschritt für die Mobilität von jungen Menschen. Auch das ist Verkehrswende.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Insofern kann ich hier nur deutlich sagen: Wir stellen uns den Herausforderungen mit der Förderrichtlinie Nahmobilität, mit der wir mehr Sicherheit für Menschen in Städten erhalten und die Verkehrswende voranbringen. Hier finanzieren wir die notwendigen Maßnahmen, die wir vor Ort brauchen, um die Vision Zero – Sicherheit im Straßenverkehr – zu erreichen. Das deckt dieser Haushalt ab, und damit machen wir die Mobilität in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig. Das ist ein Markenzeichen schwarz-grüner Politik. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Krischer. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache zu Teil b) Verkehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt brauchen wir noch mal viel Konzentration. Wir kommen zu insgesamt 34 Abstimmungen.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6810, den Einzelplan 10 unverändert anzunehmen. Uns liegt aber eine Vielzahl von Änderungsanträgen vor.

Ich rufe auf:

Das ist zunächst **Drucksache 18/6943**. Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die AfD und der fraktionslose Abgeordnete sowie die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der **Antrag ist angenommen**.

Ich lasse dann über die **Drucksache 18/6944** abstimmen, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das ist die SPD. Gibt es

Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dieser **Antrag** ist, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe **Drucksache 18/6945** auf, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und FDP. Wer enthält sich? – Das sind die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Damit ist der **Antrag angenommen**.

Ich rufe **Drucksache 18/6946** auf. Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und FDP. Wer enthält sich? – Das sind die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Drucksache 18/6947, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Die SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Drucksache 18/6948, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und FDP. Enthaltungen gibt es demnach nicht. Der Antrag ist, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Drucksache 18/6949, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, Grüne, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und FDP. Enthaltungen gibt es demnach nicht. Der Antrag Drucksache 18/6949 ist **angenommen**.

Drucksache 18/6950, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es demnach nicht. Der Antrag ist **angenommen**.

Drucksache 18/6951, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, die Grünen, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und FDP. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Drucksache 18/6952, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, die Grünen und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Demnach gibt es keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Drucksache 18/6953, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – CDU, Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es keine. Demnach ist der Antrag **angenommen**.

Drucksache 18/6954, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – CDU, Grüne, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – SPD und FDP. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **angenommen**.

Drucksache 18/6955, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU und Grüne, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – SPD und FDP. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **angenommen**.

Drucksache 18/6956, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, Grüne und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **angenommen**.

Drucksache 18/6957, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU und Grüne, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Die SPD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der **Antrag** ist **angenommen**.

Drucksache 18/6958, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – CDU und Grüne, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und FDP. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **angenommen**.

Drucksache 18/6959, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU und Grüne, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das ist die SPD. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist der **Antrag**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Drucksache 18/6960, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt hier zu? – CDU, Grüne, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Die SPD. Enthaltungen gibt es demnach nicht. Der **Antrag** ist **angenommen**.

Drucksache 18/7070, Antragsteller FDP. Wer stimmt hier zu? – FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Antrag** **abgelehnt**.

Drucksache 18/7071, Antragsteller FDP. Wer stimmt dem zu? – Das ist die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7072, Antragsteller FDP. Wer stimmt hier zu? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – Die CDU, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es demnach nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7073, Antragsteller FDP. Wer stimmt hier zu? – FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7074, Antragsteller FDP. Wer stimmt dem zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7075 von der FDP. Wer stimmt zu? – FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7076 von der FDP. Wer stimmt zu? – Die FDP, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Die CDU, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7077 von der FDP. Wer stimmt zu? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7078 von der FDP. Wer stimmt zu? – Die FDP, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7079 von der FDP. Wer stimmt zu? – FDP, SPD, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7080 von der FDP. Wer stimmt zu? – Das sind die SPD und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete.

Drucksache 18/7081, Antragsteller FDP. Wer stimmt zu? – Das sind FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die SPD. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7082 von der FDP. Wer stimmt zu? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – CDU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer enthält sich? – Die SPD. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Drucksache 18/7083 von der FDP. Wer stimmt zu? – Das sind die FDP, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen gibt es nicht. Der **Antrag** ist **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt über Einzelplan 10 ab. Wir kommen damit zur Abstimmung über Einzelplan 10 in der soeben geänderten Fassung selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die CDU. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, FDP, AfD

und der fraktionslose Abgeordnete. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist **Einzelplan 10 in der soeben geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir stimmen noch über den Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/6844 ab. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/6844. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die AfD, der fraktionslose Abgeordnete und die SPD. Enthaltungen gibt es keine. Damit ist **Antrag Drucksache 18/6844**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6803 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD spricht als Erstes ihre Abgeordnete Frau Kampmann.

Christina Kampmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab mit Sicherheit schon einfachere Zeiten für Haushaltsberatungen. Das weiß wohl jeder hier, und jeder hier ist sich dieser Herausforderung auch bewusst.

Umso wichtiger ist, dass die Landesregierung klare Prioritäten setzt und deutlich macht, was in diesen von Krieg und Konflikten geprägten, in diesen unsicheren Zeiten wichtig ist und was nicht.

Schaut man sich den Einzelplan 03 an, wird deutlich, dass innere Sicherheit das ganz offensichtlich nicht ist. Das ist ein Problem. Schaut man sich nämlich die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik an, wird deutlich, dass diese in fast allen Bereichen steigen. Körperverletzung: Anstieg um 24 %. Raub: plus 37 %. Im Bereich „häusliche Gewalt“ steigen die Zahlen seit sechs Jahren. Clankriminalität: über 20 %. Sprengung von Geldautomaten: wieder steigend, nachdem diese Zahl schon mal rückläufig war. Bei der Messergewalt gab es im letzten Jahr über 3.000 Fälle. In diesem Jahr hatten wir allein im ersten Halbjahr über 4.000 Fälle von Messergewalt.

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, dass es ein Problem ist, wenn die Kriminalität überall in Nordrhein-West-

falen steigt und gleichzeitig der Anteil des Innenressorts am Gesamthaushalt von 7,4 % auf 6,9 % sinkt. Das ist ein Problem, liebe Landesregierung, und das werden wir als SPD ganz bestimmt nicht mitmachen.

(Beifall von der SPD)

Herr Reul, Sie gucken schon. Sie werden gleich wahrscheinlich sagen: Aber wir haben doch insgesamt einen Aufwuchs, und man kann nicht alles mit Geld lösen. – Das ist richtig, das stimmt, Herr Reul. In einer Zeit, in der wir sehen müssen, dass die Kripo ausblutet, Sie versuchen, Fachkräfteprobleme bei der Feuerwehr mit längeren Arbeitszeiten zu lösen, und das Thema „Mehrarbeit“ an diesem Jahresende so an seine Grenze kommt, dass das Versprechen, das Sie mal gegeben haben, dass keine Mehrarbeitsstunde verfällt, offensichtlich nicht eingehalten werden kann, ist es ein faktisches Problem, wenn im Einzelplan 03 gekürzt wird und Sie gleich versuchen werden, das auch noch schönzureden.

(Beifall von der SPD)

Schaut man sich den Einzelplan an, bekommt man das Gefühl, dass alles dieser einen Zahl, der Einstellung von 3.000 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtlern untergeordnet ist. Der geringe Aufwuchs, den wir dort zu verzeichnen haben, ist vor allem durch die Personalkosten für Einstellungsermächtigungen bedingt. Das ist typisch für diese Landesregierung und gerade für Sie, Herr Reul.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie suchen sich ein Prestigeprojekt aus und versuchen dann, es frei nach dem Motto „wenigstens das Marketing stimmt“ umzusetzen,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Super Analyse! Passt immer!)

ohne das, was dahintersteht und zum Erfolg führen würde, durchzuführen.

Ich sage ganz klar, dass es natürlich gut ist, dass wir es geschafft haben, die 3.000 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter zu gewinnen. Das beste Prestigeprojekt zählt aber nichts, wenn die Rahmenbedingungen dahinter nicht stimmen.

Über die fehlenden Kapazitäten in der Ausbildung haben wir im Ausschuss schon genügend gesprochen. Sie haben einfach gesagt, es sei okay, wenn die Leute mal auf dem Boden sitzen müssten. Wenigstens Ihre Zahlen stimmen! Wir sagen Ihnen aber in aller Deutlichkeit, dass Ihnen das über längere Zeit um die Ohren fliegen wird. Ein Beruf wird nämlich nicht dadurch attraktiver, dass die Rahmenbedingungen seiner Ausbildung nicht stimmen. So etwas spricht sich schnell herum. Allein mit Kreativität, wie Sie immer sagen, werden Sie dieses Problem ganz sicher nicht lösen.

(Beifall von der SPD)